

Tegel bleibt offen e.V.

Der Vorstand
c/o Michael Kromarek
Hohenzollerndamm 193
10717 Berlin



An den
Regierenden Bürgermeister von Berlin
Herrn Michael Müller
Senatskanzlei
Jüdenstraße 1

10178 Berlin

7. Januar 2018

Umsetzung des Volksentscheides über den Weiterbetrieb des Flughafens Berlin-Tegel „Otto-Lilienthal“ (TXL)

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister Müller,

am 2. September vergangenen Jahres haben sich 56,1 % aller Wahlberechtigten in Berlin für die Offenhaltung des Flughafens Tegel TXL entschieden – das sind fast 1 Million Berliner Bürger. Mit diesem Votum haben sie den Berliner Senat aufgefordert, „sofort die Schließungsabsichten aufzugeben und alle Maßnahmen einzuleiten, die erforderlich sind, um den unbefristeten Fortbetrieb des Flughafens Tegel als Verkehrsflughafen zu sichern.“

Zu dieser Entscheidung haben die positiven Ergebnisse einer mehrfachen juristischen Prüfung der Frage beigetragen, ob es rechtlich möglich ist, Tegel offen zu halten. Ebenso waren die ebenfalls positiven Ergebnisse einer breit ausgetragenen Diskussion und Abwägung aller faktischen, wirtschaftlichen und insgesamt politischen Gründe, die für die Offenhaltung Tegels sprechen, ausschlaggebend. Es wurde erkannt, dass die Offenhaltung von TXL unabdingbar notwendig ist, wenn das Land Berlin in seiner Anbindung an den Luftverkehr nicht ins endgültige Abseits gerückt werden soll.

Das wiederum bedeutet nicht etwa, dass die Berliner Bürger mit deutlicher Mehrheit den Senat von Berlin aufgefordert haben, die Frage zu prüfen, ob man den Flughafen TXL in Betrieb halten will, sondern klar und deutlich zum Ausdruck gebracht haben, dass nach dem Willen der Mehrheit der Berliner Bürger der Senat unverzüglich alles Erforderliche zu veranlassen habe, das erklärte Ziel zu sichern und umzusetzen.

Es ist zutreffend, dass dieses Votum für den Senat keine unmittelbare, rechtlich verpflichtende Wirkung hat. Ebenso richtig ist jedoch, dass es einen schweren Verstoß gegen den verfassungsrechtlich manifestierten Willen Berlins bedeutet, ein solches Votum vorsätzlich misszuverstehen und so zu tun, als habe die Mehrheit der Berliner Bürger den Senat lediglich gebeten, die Frage der Offenhaltung noch einmal zu *prüfen*.

Genau das aber tut der Senat auf Ihre Veranlassung hin: So wird ein Dritter beauftragt, sämtliche Fragen noch einmal zu prüfen und abzuwägen. Statt des dilatorischen Schiebens müsste vielmehr der Senat die Vertreter Berlins in der Flughafengesellschaft veranlassen, einen Beschlussvorschlag einzubringen, die Schließungsentscheidung aus 1996 zu revidieren und einen Antrag auf Widerruf der auflösenden Bedingung im Genehmigungsbescheid für Tegel zu stellen. Zusätzlich müssten die begleitenden rechtlich erforderlichen Maßnahmen – z.B. - in der Landesplanung – eingeleitet werden, gegebenenfalls auch gegen den Willen des Landes Brandenburg. Ihre Aufgabe ist also nicht, bei den beiden anderen Gesellschaftern der Flughafengesellschaft deren Meinung abzufragen, sondern dort den Willen der deutlichen Mehrheit der Berliner Wähler durchzusetzen.

Es ist kein Argument, dass das alles „schwierig“ sei und, was die Mehrheit in der Flughafengesellschaft anbetrifft, eher aussichtslos wäre. Wer wüsste besser als Sie, dass in der Politik *alles* möglich ist und dem Erzielen gewünschter Ergebnisse keinerlei faktische Grenzen gesetzt sind.

Es ist nicht akzeptabel, die erforderlichen Entscheidungen und Maßnahmen auf einen, möglichst schon außerhalb des politischen Interesses der Öffentlichkeit liegenden „Sankt Nimmerleinstag“ zu verschieben, in der Hoffnung, den eigenen politischen Willen über den der Mehrheit Berlins zu erheben und diesen zu ersticken. Das werden die Berliner Bürger nicht zulassen – und wir als Verein werden die Bürger dabei unterstützen.

Wir fordern Sie daher erneut auf, die Verfassung Berlins und den Willen der klaren Mehrheit aller wahlberechtigten Bürger endlich aufrichtig zu respektieren und unverzüglich den Volksentscheid vom 24. September 2017 in aktives Handeln umzusetzen. Alles andere ist eine grobe Missachtung aller demokratischen Prinzipien und führt zu einem nicht wiedergutzumachen Schaden für die gesamte Region.

Wir glauben nicht, dass es sich ein Regierender Bürgermeister, der seine politische Mehrheit auf drei verschiedene Gruppen stützt, erlauben kann, den Willen einer einheitlichen Mehrheit der Bevölkerung zu missachten, zu verletzen und insgesamt zu negieren. Beenden Sie bitte das vorsätzliche Vorbeimanövrieren und respektieren Sie endlich den Willen der Mehrheit der Wähler – dem Sie sich doch sonst in öffentlichen Reden ausdrücklich verpflichtet fühlen.

Wir sind sicher, dass auch die nächsten Wahlen in Berlin einer Eröffnung des BER zeitlich sehr nahe stehen werden. Die Berliner Bürger werden bis dahin nicht vergessen haben, wie Sie und Ihr Senat ihrem erklärten Willen in Sachen TXL umgegangen sein werden.

Wir versenden unser Schreiben als „Offenen Brief“. Daher werden wir ihn auch an die Fraktionen im Abgeordnetenhaus und die Medien weiterleiten. Gleiches gilt für Ihre mögliche Antwort.

Mit freundlichem Gruß

Michael Kromarek und Michael Freitag
für den Vorstand des Vereins Tegel bleibt offen e.V.